

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	412
		TOP:	20
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	24.10.2018		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Dr. Mayer		
Berichterstattung:	der Vorsitzende		
Protokollführung:	Herr Häbe / pö		
Betreff:	"Bericht zur aktuellen Situation in den Bürgerbüros" - Antrag Nr. 183/2018 vom 25.06.2018 (FDP)		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

BM Dr. Mayer trägt vor, der eingeleitete Prozess sei schon weit gediehen. Oftmals sei jedoch "die letzte Meile die schwierigste". Von zehn beschlossenen Maßnahmen hätten bereits sieben umgesetzt werden können. Beispielhaft nennt er die Themen Organisationsstruktur, Werbemaßnahmen für die Behörden und die Fortschreibung des Stellenbedarfs.

Nicht verhehlen wolle er, dass es bei drei aus seiner Sicht wichtigen Punkten noch weitere Umsetzungsbedarfe gebe. Zum einen gehe es dabei um die Einrichtung eines Einarbeitungs- und Ausbildungsbüros. Darüber habe man bereits im Verwaltungsausschuss gesprochen. Hier sei die Verwaltung konzeptionell schon sehr weit, allerdings könne die Raumfrage erst zum Herbst 2019 gelöst werden. Erst zu diesem Zeitpunkt könne man mit diesem Einarbeitungs- und Ausbildungsbüro an den Start gehen. Für diese Einrichtung könne nicht jede Liegenschaft herangezogen werden. Benötigt werde eine Anbindung an die im Amt für öffentliche Ordnung betroffenen Einheiten, damit auch Synergieeffekte genutzt werden könnten.

Zum Ausbau der Online-Terminvereinbarung fährt er fort, Beschlusslage sei, diese in weiteren sechs großen Bürgerbüros einzurichten. Eine Umsetzung sei bereits in den Stadtbezirken Bad Cannstatt, Stuttgart-West sowie Zuffenhausen erfolgt. Probleme gebe es derzeit noch im Osten, im Süden und im Stadtbezirk Vaihingen. Diese Schwierig-

keiten hingen überwiegend mit Brandschutz- und Denkmalschutzthemen zusammen. In historischen Gebäuden sei beispielsweise das Aufhängen von großen Displays problematisch. Derzeit erfolgten entsprechende Abstimmungen. In einem Fall seien noch Hard- und Softprobleme hinzugekommen.

Beim Ausbau des "Digitalen Bürgerbüros" werde mit Hochdruck an E-Government-Angeboten gearbeitet. Es sei allerdings so, dass das Land, auf dessen Unterstützung man in vielen Bereichen, insbesondere im Ordnungsbereich, angewiesen sei, nicht so zügig handle, wie ursprünglich angekündigt. Daher ergebe sich hier ein gewisser Verzug. Derzeit sei man dabei, die für dieses Jahr ins Auge gefassten Leistungen auch an den Start zu bringen (Auskünfte aus dem Melderegister, Passbildanfragen).

Im Zusammenhang mit der Organisationsuntersuchung sei als weiterer digitaler Baustein die sogenannte Speed Capture Station (Selbstbedienungsterminal) beschlossen worden. Hier handle es sich um ein Gerät, an dem Bürger Passfotos, Fingerabdrücke und Unterschriften digital erfassen lassen könnten. Diese Dinge würden dann medienbruchfrei in das Verwaltungssystem eingespeist und für Personalausweise und Reisepässe verwendet. Ein solches Gerät solle noch in diesem Quartal aufgestellt werden. In einer einjährigen Pilotphase solle dann getestet werden, wie dieses angenommen werde. Im Nachgang solle entschieden werden, ob sich diese Geräte für einen dauerhaften und flächendeckenden Einsatz eigneten. Seines Erachtens könne es für die Bürger durchaus eine Bereicherung sein, zumal es sich um ein günstiges Angebot handle (6 € Nutzungsentgelt für die Erfassung der Fingerabdrücke, der Unterschriften und für die Fertigung eines biometrischen Passfotos).

Des Weiteren führt der Vorsitzende aus, bedauerlicherweise könne die Verwaltung bezüglich des Krankenstandes noch keine wesentliche Besserung vermelden. Zu bedenken sei, dass im Jahr 2017 immerhin 19 Mitarbeiter/-innen und im Jahr 2018 nochmals 12 neue Mitarbeiter/-innen eingestellt worden seien. Die damit einhergehenden Einarbeitungszeiten wirkten sich auf die Belastung der Bürgerbüros aus. Die Einsatzfähigkeit dieser neu eingestellten Personen werde erst in den nächsten Jahren vollumfänglich gewährleistet sein.

In der Organisationsuntersuchung seien die Themen "ungeplante Schließtage/Schließwochen" und "Sperrung der Wartemarken bei großem Andrang" besonders beleuchtet worden. Hier könnten positive Entwicklungen vermeldet werden. So habe es keine ungeplanten Schließwochen mehr gegeben, und die ungeplanten Schließtage seien im beobachteten Zeitraum um insgesamt 60 % zurückgegangen. Zudem belaufe sich der Rückgang bei der Sperrung der Wartemarken auf 15 %.

StR Dr. Oechsner (FDP) bedankt sich für den Bericht. Er zeige, dass Vieles im Gange sei. Dem Dank für den Bericht schließen sich StR Sauer (CDU), StRin Deparnay-Grunenberg (90/GRÜNE), StR Pfeifer (SPD) und StR Rockenbauch (SÖS-LINKE-PluS) an. Das letztgenannte Ratsmitglied plädiert dafür, die Verwaltung künftig so aufzustellen, dass bei Engpässen auf personelle Reserven zurückgegriffen werden kann. Den Rückgang bei den ungeplanten Schließzeiten begrüßt StR Dr. Oechsner.

Eine personelle Aufstockung bei den Bürgerbüros wird von StR Sauer als erforderlich angesehen. Abhebend auf die 2017 und 2018 neu eingestellten 31 Mitarbeiter/-innen hinterfragt StR Pfeifer die personellen Abgänge in dieser Zeit. Auskunft über die Fluktuationsrate insgesamt in den Bürgerbüros erbittet Frau Häußler (GPR). Hierzu, so BM

Dr. Mayer könne er, bezogen auf die einzelnen Dienststellen, keine Zahlen nennen. Bei den von ihm angesprochenen 31 Personen habe es sich nicht nur um neu geschaffene Stellen, sondern auch um Zugänge im Zusammenhang mit der üblichen Fluktuation gehandelt.

StR Sauer bezeichnet die erst in einem Jahr mögliche Einrichtung des Ausbildungsbüros als Wermutstropfen. Dies sei ein zentrales Element, um zu einer dauerhaften Entspannung bei den Schließzeiten und den Krankheitszeiten zu kommen. Entsprechend äußert sich StR Pfeifer. Zu diesen Wortmeldungen gibt der Vorsitzende zu bedenken, dass dieses Ausbildungsbüro eine Fläche von rund 400 m² erfordert. Diese Fläche müsse in unmittelbarer Nähe zum Bürgerbüro Mitte angesiedelt werden. Es sei also nicht möglich, irgendwo eine Fläche auf dem ohnehin angespannten Stuttgarter Immobilienmarkt auszuwählen, sondern es müsse ein unmittelbarer räumlicher und funktionaler Zusammenhang zum Bürgerbüro Mitte bestehen. Von daher sei er froh darüber, dass man hier zusammen mit der Liegenschaftsverwaltung im Herbst 2019 eine Lösung anbieten könne.

Abschließend stellt BM Dr. Mayer fest:

Der Verwaltungsausschuss hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

Verteiler:

- I. Referat AKR
zur Weiterbehandlung
Haupt- und Personalamt

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
 4. GPR (2)
 5. BVinnen Mitte, Nord, Ost,
BV Süd, West
 6. BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed, Mö, Mühl, Mün,
Ob, P-B, Si, Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. Die STAdTISTEN
 9. AfD
 10. LKR